

Gedenken ohne Profiteure

Das Hamburger NS-Dokumentationszentrum denk.mal wollte nicht mit einer Firma mit Nazi-Vergangenheit unter ein Dach. Eine Mediation hat nun eine Einigung gebracht

Von Harff-Peter Schönherr

Entscheidungen, um die lange gerungen wird, enden meist in Kompromissen, mit denen niemand glücklich ist. Das Hamburger Dokumentationszentrum Denk.mal Hannoverscher Bahnhof bildet da eine Ausnahme.

Es soll an die mehr als 8.000 Juden, Sinti und Roma erinnern, die von hier aus Mitte 1940 bis Anfang 1945 in 20 Zügen in osteuropäische Ghettos deportiert wurden, in Konzentrations- und Vernichtungslager. Wann und wie genau das Denkmal realisiert werden würde, stand jedoch lange in den Sternen. Nach harter Kritik an den Plänen im Frühjahr 2021 war sogar ein Mediationsverfahren eingeleitet worden.

Das Problem: Ursprünglich war für das Zentrum das Erdgeschoss eines neuen Bürokomplexes in der HafenCity vorgesehen, unweit eines Gedenkortes, der 2017 im Lohsepark eingeweiht wurde. Doch dann kam heraus: Die Bürotagen oberhalb des Zentrums hatte Investor Harm Müller-Spreer von der Müller-Spreer AG an die Wintershall Dea AG vermietet. Wintershall ist ein Öl- und Gasproduzent, dessen Vorgängergesellschaften in der NS-Zeit von

Aufrüstung, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit profitierten. Die Opferverbände, eng eingebunden in die „Denk.mal“-Pläne, zogen sich unter Protest zurück. „Das war sehr transparent“, sagt David Rubinstein, Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde in Hamburg, der taz. „Wir haben davon erst aus der Zeitung erfahren.“

Schnell ist klar: Wintershall bleibt. Ein neuer Ort muss her. Die Mediation hat ihn jetzt auf den Weg gebracht: Müller-Spreer errichtet für das Zentrum ein eigenständiges Gebäude, zweigeschossig, auf dem historischen Bahnhofsgelände, auf städtischem Grund, am Nordende des Parks. Er tut es auf eigene Kosten, schenkt es der Stadt.

Erinnerungskulturell hat sich der Kampf also gelohnt: „Das ist natürlich besser als das Erdgeschoss“, sagt Oliver von Wrochem der taz, Leiter des Hamburger KZ-Gedenkstätte Neuenhamm und des Projekts Denk.mal Hannoverscher Bahnhof. „Dadurch erzielen wir weit größere Aufmerksamkeit.“ Er sieht aber auch Nachteile: „Wir müssen nun länger auf das Gebäude warten, und damit verschiebt sich die Eröffnung des Zentrums.“ Aus 2023 wird eventuell 2026. „Und wir müssen konzeptionell stark nacharbeiten, denn

die Raumauflösung und damit die Choreographie der Ausstellung ändert sich ja jetzt.“

Bei Wintershall Dea sieht von Wrochem „Signale der Offenheit“, dass die Aufarbeitung der NS-Zeit der Firmengeschichte, die teils noch aussteht, bald stattfindet. „Ich wünsche mir und hoffe, dass sie sich dieser Aufgabe annehmen.“

„Wir erwarten, dass Politik und Senat die Entscheidung über die Hamburger Erinnerungskultur nicht mehr an private Investoren delegiert“

Helga Obens, Auschwitz-Komitee

In der Mediation sei „sehr um Lösungen gerungen“ worden, sagt Enno Isermann zur taz, Sprecher der Hamburger Behörde für Kultur und Medien. „Das war alles nicht einfach.“ Sichergestellt sei, dass die bisher geplanten 16 Ausstellungskapitel vollständig in den neuen Solitär passen. „Vermutlich sogar noch mehr als das.“ Den Betrieb des Zentrums über-

nimmt die Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen.

Die Bewertung der Mediation und der Zukunft des Zentrums sind einhellig positiv. „Ein guter Erfolg“, sagt David Rubenstein. „Die Solitär-Lösung stellt eine Aufwertung für das Zentrum dar.“ Arnold Weiß, erster Vorsitzender des Landesvereins der Sinti in Hamburg, ist froh, dass der Protest gewirkt hat. Es wäre eine „Zumutung“ gewesen, „die Erinnerung an unsere Deportierten und Ermordeten im Erdgeschoss der Firmenzentrale eines mit den Nazi-Verbrechen verbundenen Konzerns unterzubringen“.

Helga Obens vom Auschwitz-Komitee Deutschland mahnt indes: Man müsse „feststellen, dass nach wie vor in Hamburg kein Gesamtkonzept für die Sicherung und Präsentation der Erinnerungsorte erkennbar ist“. Zukünftig erwarte man, „dass Politik und Senat die Entscheidung über die Hamburger Erinnerungskultur nicht mehr an private Investoren delegiert“.

Ein neues Bebauungsplanverfahren also, ein neuer Gestaltungswettbewerb. Die Relikte des alten Bahnsteigs 2 werden noch lange auf ihren neuen Nachbarn warten müssen.

das portrait



Hoffnungsträger für Hamburger*innen mit albanischen Wurzeln: Sami Musa
Foto: Miguel Ferraz

Gastronom Sami Musa wechselt die politische Heimat

Die Hamburger FDP wird ab sofort mit zwei Abgeordneten in der Hamburgischen Bürgerschaft vertreten sein. Neben Anna von Treuenfels-Frowein wird dort nun auch der Gastronom Sami Musa für die FDP sprechen. Der zuletzt parteilose Abgeordnete trat am Montag in die FDP ein und sorgte dadurch für eine Verdoppelung der liberalen Abgeordneten in Hamburg.

2020 wurde Musa für die SPD in die Hamburger Bürgerschaft gewählt – als erster deutscher Abgeordneter mit albanischen Wurzeln. Er ist ein Hoffnungsträger für Hamburger*innen mit albanischen Migrationshintergrund: Einige von ihnen beschäftigen sich das erste Mal mit Politik. Mit seiner Kandidatur hatten sie den Eindruck, nun endlich auch vertreten zu werden und eine Stimme im Diskurs zu erhalten.

Musa war 2009 der SPD beigetreten. In der Hamburger Bürgerschaft sitzt er im Europa-Ausschuss und im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss. Im Oktober 2021 verließ er die SPD-Bürgerschaftsfraktion – aus persönlichen Gründen. Mit seinem Eintritt in die FDP endet nun seine Zeit als parteiloser Abgeordneter.

Die Entscheidung, von der SPD letztlich zur FDP zu wechseln, begründet Musa mit der Pro grammatischen der Partei, aber auch mit seiner Arbeit in der Gastronomie. „Ich fühle mich den Freien Demokraten programmatisch verbunden. Ich bin ein Mensch der Mitte. Die FDP ist eine Partei, die sich mehrerer Perspektiven annimmt und daraus dann etwas Großes und Ganzes formt.“ Als Vollblut-Gastronom fühlt er sich der Wirtschaft und der Gastronomie in der Hansestadt verpflichtet. Neben der Frage nach Chancengleichheit – unabhängig von Herkunft, Religion und Ethnie – beschäftigt Musa die Coronapolitik des Senats: „Wir müssen klüger Pläne entwickeln, um unsere Unternehmen zu schützen und die Wirtschaftskraft in unserer Stadt zu sichern.“

Dass er darauf besonderes Augenmerk legt, überrascht wenig. Die Begeisterung für das Berufsfeld wurde ihm quasi in die Wiege gelegt: Sein Vater Xhelil Musa zog 1970 aus dem Kosovo nach Hamburg und arbeitete als Gastronom und Hotelier in der Hansestadt. Er selbst ließ sich zum Restaurant- und Hotelfachmann ausbilden und übernahm 2014 die Leitung des Hotels seines Vaters, der „Grünen Tanne“ in Hamburg-Marmstorf. Das Hotel wird Musa auch weiterhin betreiben.

Lenard Manthey Rojas



Der Gedenkort im Lohsepark:
Der Hannoverische Bahnhof wurde 1955
abgerissen
Foto: Christophe Gateau

Hamburger Stadtbäume besetzt

Die Hamburger Sparkasse will am Alsenplatz in Hamburg-Altona günstigen Wohnraum für ihre Auszubildenden schaffen – und dafür Bäume fällen. Die Initiative „Green Alsenplatz“ wehrt sich dagegen. Am Montag stiegen Aktivist*innen deshalb sogar in die Bäume

Von Loma Aktan

Der Alsenplatz ist eine kleine grüne Oase an der viel befahrenen Alsenstraße in Hamburg-Altona: ein runder Parkplatz mit einer Grünfläche in der Mitte, auf der bis zu 70 Jahre alte Bäume stehen. Um den Parkplatz herum stehen Wohnhäuser.

Am Montagvormittag sah es hier aber etwas anders aus: Der Platz war mit Absperrband umringt, eine Menschenmasse und ein Polizeiwagen waren schon von Weitem zu erkennen. Ging man näher heran, konnte man drei Menschen sehen, die verschiedene Bäume besetzten. Es war eine Kundge-

bung des Bündnisses „Rettet Hamburgs Natur“. Sie protestierten dagegen, dass 27 Bäume auf dem Alsenplatz gefällt werden sollen.

Die Hamburger Sparkasse (H spa) will ein Wohnhaus auf der Fläche des sogenannten „Grünen Parkplatzes“ bauen. Es soll zahlbarer Wohnraum für die Auszubildenden der H spa geschaffen werden. Der sei dringend nötig, sagt Unternehmenssprecherin Stefanie von Carlsburg. Die H spa wolle in Kooperation mit der Loki-Schmidt-Stiftung ortsnahe 25 Stadtbäume pflanzen, um die gefällten zu ersetzen. Das neue Gebäude werde außerdem mit einer grünen Fassade und einem Dach-

garten maßgeblich zum Klimaschutz beitragen.

Den Umweltaktivist*innen reicht das nicht. Sie finden, dass vor allem kein 70 Jahre alter Baum mehr gefällt werden dürfe. „Wir können es nicht akzeptieren, dass Wohnungspolitik gegen Umweltschutz ausgespielt wird“, sagt eine Sprecherin der Initiative „Green Alsenplatz“, die von Anwohner*innen gegründet wurde, nachdem sie von dem Bauvorhaben erfuhren.

Gemeinsam mit dem Bündnis „Rettet Hamburgs Natur“ protestiert die Initiative mit Flyern, Plakaten und Petitionen gegen die Abholzung. Aktivist*innen des Bündnisses besetzten nun die

Bäume. „Gerade in der heutigen Zeit mit Klimaanpassung ist es auch unglaublich wichtig, Stadtgrün zu erhalten“, sagt Nils Hinrichs, Sprecher von „Rettet Hamburgs Natur“. Der Bezirk Altona bezeichnet den Alsenplatz als

„Gerade in der heutigen Zeit mit Klimaanpassung ist es auch unglaublich wichtig, Stadtgrün zu erhalten“

Nils Hinrichs, Sprecher von „Rettet Hamburgs Natur“

Baulücke. Das stört die Aktivist*innen. Auf einem Flyer der Initiative „Green Alsenplatz“ heißt es: „Der Bezirk Altona setzt sich über die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag hinweg. Hier wurde 2020 vereinbart, dieses Grüne Netz zu erhalten, es weiter zu verbessern, fehlende Wegeverbindungen zu schaffen und bisher nicht nutzbare Flächen zu aktivieren und zu begrünen.“

Lange konnten die Aktivist*innen die Bäume nicht besetzen. „Wir haben Jobs und sind somit langfristig auch auf unsere Löhne angewiesen“, betont Hinrichs. Ab fünf Uhr morgens waren die Aktivist*innen vor Ort – bis es dunkel wurde.